Stand: 15.12.2025 19:14:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11195

"Grenzkontrollen fortsetzen und ausweiten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11195 vom 27.04.2016
2. Beschluss des Plenums 17/11320 vom 28.04.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 28.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.04.2016 Drucksache 17/11195

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Martin Bachhuber, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Michaela Kaniber, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Karl Straub, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Grenzkontrollen fortsetzen und ausweiten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag teilt die Einschätzung der Staatsregierung, dass für eine Reduzierung oder gar Einstellung der Kontrollen an den Grenzübergängen zu Österreich derzeit kein Anlass besteht. Er fordert die Staatsregierung auf, sich weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene für eine wirksame Grenzsicherung einzusetzen.

Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

1. Die zuständigen Mitgliedstaaten und die Europäische Union müssen unverzüglich eine wirksame Kontrolle der Schengenaußengrenzen gewährleisten.
2. Solange keine wirksame Kontrolle der Schengenaußengrenzen erfolgt, muss die Bundespolizei die zuletzt erfolgte Ausdünnung der Kontrollen an den Grenzübergängen zu Österreich unverzüglich rückgängig machen und die Kontrollen in Abstimmung mit den bayerischen Sicherheitsbehörden lageangepasst auf sämtliche Grenzübergänge zu Österreich ausdehnen.
3. Sofern die Republik Österreich dies wünscht, sollte Bayern zum Schutz der österreichischen Südgrenze mit Logistik, Material und – wo erforderlich – auch mit bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten Unterstützung leisten.

Begründung:

Es mehren sich die Berichte über zunehmende Flüchtlingszahlen auf der sogenannten „Mittelmeerroute“, bei der die Menschen zumeist versuchen, über Italien nach Nordeuropa weiterzureisen. In Nordafrika, speziell in Libyen, sollen hunderttausende Menschen auf eine Gelegenheit zur Weiterreise warten. Bei der aktuellen Entwicklung sind leider viele Tote zu befürchten, die bei der von Schleusern gegen horrende Geldsummen organisierten Überfahrt auf nicht seetüchtigen Booten im Mittelmeer ihr Leben verlieren werden. Der einzig sichere Weg hier Tragödien zu verhindern ist, diesen Menschen den Anreiz für eine Überfahrt zu nehmen. Grenzkontrollen an der deutschen Grenze sind hier ein starkes Signal, auch in die Herkunftsstaaten von Wirtschaftsmigranten, sich besser gar nicht erst auf den beschwerlichen und teuren Weg zu machen.

Ein weiterer wichtiger Grund, die Grenzkontrollen fortzusetzen, sind Sicherheitsaspekte. Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden können sich unter den Flüchtlingen, die nach Bayern kommen, auch Mitglieder militanter Gruppen und terroristischer Organisationen sowie Einzelpersonen mit extremistischer Gesinnung befinden.

Zwei Attentäter der Anschläge von Paris am 13. November 2015 sind im Flüchtlingsstrom unter Nutzung von falschen Personalien nach Europa eingereist. Seither gab es weitere Hinweise darauf, dass der sogenannte Islamische Staat den Flüchtlingsstrom nutzt, um IS-Mitglieder einzuschleusen. Die Gefahr der Einschleusung von Terroristen macht umfassende und konsequente Kontrollmaßnahmen sowohl an den EU-Außen- sowie an den Schengen-Binnengrenzen notwendig. Die mehrfachen Verlautbarungen des „Islamischen Staates“ machen deutlich, dass auch Deutschland im erklärten Zielspektrum der Terrororganisationen steht, auch wenn keine konkreten Erkenntnisse über einen bevorstehenden Anschlag in Deutschland oder in Bayern bestehen.

Auch außerhalb der Terrorgefahr sind die Kontrollen für die Bekämpfung der Schwer- und Schwerstkriminalität hilfreich. Wie die bisherigen Erfolge der Grenzkontrollen auch in Verbindung mit der flankierenden Schleierfahndung zeigen, ist es sinnvoll, die Kontrollen auf weitere Grenzübergänge auszudehnen. Bei Überprüfungen konnten immer wieder mit Haftbefehl gesuchte Personen festgenommen sowie große Mengen Drogen und sogar Kriegswaffen sichergestellt werden. Hier sei an die acht Kalaschnikow-Gewehre mit Munition, zwei Pistolen, einen Revolver, zwei Handgranaten und 200 Gramm Sprengstoff (TNT) erinnert, die ein Montenegriner in seinem Auto hatte, als Schleierfahnder ihn auf dem Weg nach Paris im letzten November stoppten. Diese Schleierfahnder könnten aber noch besser arbeiten und eine höhere Kontrolldichte erreichen, wenn sie nicht die von der Bundespolizei nicht besetzten Grenzübergänge im Auge haben müssten. Deshalb müssen die Grenzkontrollen der Bundespolizei die gesamte Landesgrenze zu Österreich effektiv schützen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.04.2016 **Drucksache** 17/**11320**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Martin Bachhuber, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Michaela Kaniber, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Karl Straub, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/**11195**

Grenzkontrollen fortsetzen und ausweiten

Der Landtag teilt die Einschätzung der Staatsregierung, dass für eine Reduzierung oder gar Einstellung der Kontrollen an den Grenzübergängen zu Österreich derzeit kein Anlass besteht. Er fordert die Staatsregierung auf, sich weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene für eine wirksame Grenzsicherung einzusetzen.

Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

1. Die zuständigen Mitgliedstaaten und die Europäische Union müssen unverzüglich eine wirksame Kontrolle der Schengen-Außengrenzen gewährleisten.
2. Solange keine wirksame Kontrolle der Schengen-Außengrenzen erfolgt, muss die Bundespolizei die zuletzt erfolgte Ausdünnung der Kontrollen an den Grenzübergängen zu Österreich unverzüglich rückgängig machen und die Kontrollen in Abstimmung mit den bayerischen Sicherheitsbehörden lageangepasst auf sämtliche Grenzübergänge zu Österreich ausdehnen.
3. Sofern die Republik Österreich dies wünscht, sollte Bayern zum Schutz der österreichischen Südgrenze mit Logistik, Material und – wo erforderlich – auch mit bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten Unterstützung leisten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Thomas Kreuzer
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Eva Gottstein
Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Margarete Bause
Staatsminister Joachim Herrmann

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nun rufe ich zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU)
Grenzkontrollen fortsetzen und ausweiten (Drs. 17/11195)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Endlich handeln statt endlos reden - Bayerns Grenzen sinnvoll sichern!
(Drs. 17/11221)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen: Im Moment kommen vergleichsweise wenige Migranten an die bayerischen Grenzen. Der Zustrom der Flüchtlinge stagniert derzeit auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Im März waren es 6.628 Personen. Ich weise aber darauf hin, dass es im Bundesgebiet immer noch circa 20.000 Personen waren, also wesentlich mehr als im März des vergangenen Jahres.

Wir alle wissen aber auch, woran das liegt: Österreich und die Staaten entlang der Balkanroute haben es durch die Schließung ihrer Grenzen und durch strikte Einreisekontrollen geschafft, den Zustrom einzudämmen. Deshalb, meine Damen und Herren, gilt es nicht, diese Staaten zu kritisieren, sondern ich bedanke mich hier einmal im Namen meiner Fraktion ganz ausdrücklich bei Österreich und den Balkanstaaten für ihr Handeln.

(Beifall bei der CSU)

Heißt das, dass wir Entwarnung geben können? – Dies ist nicht der Fall. Die Lage in Griechenland ist, wie wir wissen, alles andere als stabil. Die Türkei muss sich erst noch als dauerhaft berechenbarer Partner erweisen. Dies zeigen die Äußerungen von

dort führenden Politikern. Die EU-Außengrenzen sind keineswegs wirksam gesichert. In Nordafrika warten Hundertausende auf die Gelegenheit zur Weiterreise. Die Hauptflüchtlingsroute kann sich jederzeit nach Italien verlagern.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist die Sache eben nicht erledigt, sondern wir müssen uns auf die weiteren Entwicklungen vorbereiten. Ich will heute drei Dinge ansprechen.

Erstens. Es muss endlich gelingen, dass die zuständigen Mitgliedstaaten und die Europäische Union unverzüglich eine wirksame Kontrolle der Schengen-Außengrenzen gewährleisten. Wir haben die Situation, dass dies ohne Zweifel nicht der Fall ist. Dies sagt selbst die Europäische Kommission. Wir brauchen aber diesen Schutz aus mehreren Gründen: Zum einen kann nur dadurch die Sicherheit in Europa gewährleistet werden. Es muss uns gelingen, dass jeder, der in die Europäische Union einreist, kontrolliert und registriert wird und dass auch registriert wird, wenn er diese Europäische Union wieder verlässt. Ansonsten haben wir unkontrollierten Zugang, und wir müssen damit rechnen, dass auch Menschen zu uns kommen, die hier kriminelle und verbrecherische Handlungen durchführen wollen.

Wir hatten in diesem Hause ja schon des Öfteren Debatten darüber, ob nicht die Gefahr besteht, dass mit dem Flüchtlingsstrom beispielsweise Menschen einreisen, die terroristische Handlungen in Europa vornehmen wollen. Wir sind damals heftig kritisiert worden, als wir auf diese Gefahr hingewiesen haben. Zwischenzeitlich steht fest, dass sie sich realisiert hat, dass beispielsweise zwei Terroristen aus Paris über die Balkanroute nach Europa eingereist sind. –Deswegen sage ich den GRÜNEN: Sicherheitspolitik kann man nicht mit Ideologie machen. Das Motto "Was ich nicht will, das kann nicht sein" ist keine Sicherheitspolitik, sondern Unsicherheitspolitik. Kommen Sie in diesen Bereich zur Vernunft!

(Beifall bei der CSU)

Neben den Fragen der inneren Sicherheit müssen wir auch die Zuwanderungsbegrenzung an den europäischen Außengrenzen zumindest mittelfristig lösen. Es kann kein Zweifel bestehen, dass am Ende jedes Land und jeder Kontinent seine Grenzen so sichern muss, dass das Land selbst darüber entscheidet, wer es betritt und wer nicht. Es kann nicht so sein, dass man nur schaut, wie viele insgesamt kommen.

Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass dieser ganze Migrationsdruck nur mit Bürgerkrieg zu tun hat. Natürlich kommt im Moment der überwiegende Teil aus diesen Gründen zu uns. Massivem Migrationsdruck sehen sich beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika ausgesetzt, und zwar hauptsächlich von Mexiko und weiteren Nachbarstaaten. In diesen Ländern herrschen weder Hunger noch Krieg, sondern es ist nur ein entsprechendes Wohlstandsgefälle gegeben. Trotzdem gibt es einen unglaublichen Druck vonseiten Mexikos auf die Vereinigten Staaten von Amerika.

Betrachtet man die Nachbarländer, ist das in Europa nicht anders. Selbstverständlich wird es aus Afrika, aus den arabischen Ländern und aus Asien einen ständigen Druck auf die europäischen Grenzen geben, wenn es uns nicht gelingt, diese abzusichern. Deswegen sind an den europäischen Grenzen Sicherungsmaßnahmen unerlässlich.

(Beifall bei der CSU)

Da an den europäischen Grenzen dieser Außenschutz nicht gegeben ist, kann kein Zweifel bestehen, dass wir im Inneren der Europäischen Union wirksame Kontrollen brauchen. Ich halte nichts davon, sich zurückzulehnen und sich auf die Nachbarländer zu verlassen nach dem Motto: Schön, dass Österreich und Mazedonien handeln, dann brauchen wir nichts mehr zu tun.

Deswegen fordern wir, die Kontrollen an den bundesdeutschen Grenzen zu Österreich hin aufrechtzuerhalten. Die Bundespolizei darf diese Kontrollen nicht aufgeben, sondern sie müssen intensiviert werden. Wir brauchen diese Kontrollen zur inneren Sicherheit, aber auch zur Zuwanderungsbegrenzung, solange die Sicherung der Außen-

grenzen nicht funktioniert. Ich sage ganz klar: Alles andere würde ein falsches Signal nach außen setzen, beispielsweise nach Afrika, in die Türkei und die arabische Welt. Wir dürfen nicht verkennen, dass der Flüchtlingszustrom deswegen so stark zugenommen hat, weil es den Menschen praktisch vollständig gelungen ist, hierher durchzukommen; denn es haben uns auch über 80-jährige Menschen erreicht.

Ein Abbau der Grenzkontrollen wäre ein Signal, wieder ungehindert in die Bundesrepublik einreisen zu können. Dieses Signal wäre falsch. Wir brauchen vielmehr auch in Deutschland eine Begrenzung der Zuwanderung und eine Obergrenze. Es muss klar sein, dass wir bei Bedarf und wenn die Zuzugszahlen wieder stark steigen, an den Außengrenzen nicht nur kontrollieren, sondern die Menschen an den Grenzen auch zurückweisen müssen, wenn die Obergrenze überschritten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dies ist nach der geltenden Rechtslage – nach dem Grundgesetz und den Asylgesetzen, § 18 Asylgesetz – ohne Weiteres möglich. Man kann sogar die Auffassung vertreten, dass es zwingend ist, Menschen, die aus einem sicheren Drittstaat zu uns einreisen wollen, an den Außengrenzen zurückzuweisen. Nur so können wir sicherstellen, dass wir die Situation insgesamt im Griff behalten.

Wie andere Länder das Problem lösen, haben wir in Österreich gesehen. Dort wurden über die Parteigrenzen hinweg unter Führung der SPÖ Gesetze verabschiedet, mit denen Österreich jederzeit in der Lage ist, Maßnahmen zu ergreifen, um eine unkontrollierte Einwanderung und einen unkontrollierten Zustrom nach Österreich zu begrenzen. In Deutschland brauchen die SPD und die GRÜNEN insofern naturgemäß wieder etwas länger. Aber auch sie werden eines Tages bei ihren Kollegen in Österreich ankommen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

– Herr Rinderspacher, das dürfen Sie mir glauben.

(Beifall bei der CSU)

Der wirksame Schutz der deutschen Grenzen gegenüber Österreich muss also ausgebaut werden. Dies ist insgesamt noch zu wenig. Im Übrigen muss der Bund mit den bayerischen Behörden besser zusammenarbeiten. Wir müssen wissen, wo wann kontrolliert wird, damit wir unsere Schleierfahndungsmaßnahmen darauf abstellen können. Wir setzen weiterhin auf eine verstärkte Schleierfahndung, um unseren Beitrag für die Sicherheit der Grenzen und damit im Endeffekt für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Darüber hinaus werden wir die Republik Österreich, soweit sie dies wünscht, bei ihren Maßnahmen von Bayern aus unterstützen. Dies fordern wir ganz klar ein. Wir werden in den nächsten Wochen erleben – daran habe ich keinen Zweifel –, dass im Sommer die Route über das Mittelmeer – Libyen/Lampedusa, Libyen/Italien bzw. Sizilien – wieder massiv an Bedeutung gewinnen wird und wir massive Flüchtlingszahlen haben werden. Wir müssen uns darauf einstellen, dass dies die Italiener nicht allein bewältigen können oder wollen und dass sich wieder vermehrt Menschen in Richtung Mitteleuropa auf den Weg machen werden, vor allem solange wir nicht erklären, dass sie auch unser Land nicht unbegrenzt betreten können.

Deswegen begrüßen wir die Maßnahmen der Republik Österreich zur Grenzsicherung zu Italien hin am Brenner und an den anderen Alpenpässen. Österreich schützt damit auch die bayerischen Grenzen. Deswegen werden wir auch das Unsere dazu tun und, falls dies gewünscht wird, Österreich unterstützen.

Wir fordern die Staatsregierung auf, Österreich vonseiten Bayerns durch das Abstellen bayerischer Polizei an die Grenze Italien/Österreich zu unterstützen, wenn die Österreicher mit dieser eigentlich europäischen Aufgabe nicht allein zurechtkommen und Unterstützung brauchen; denn es handelt sich auch um eine Sicherung der deutschen Grenzen. Deswegen unterstützen wir dieses Begehren.

(Beifall bei der CSU)

Es ist die Pflicht eines Staates, die Sicherheit der Menschen, soweit es geht, zu garantieren. Zur Sicherheit der Menschen gehört, dass wir uns einen Überblick verschaffen, wer in unser Land kommt. Deswegen bedeutet Untätigkeit einen Verstoß gegen diese Pflicht des Staates. Wer sagt, dass keine Maßnahmen erforderlich sind, riskiert bewusst schwierige Sicherheitslagen. Wir sollten darin übereinstimmen, dass wir alles tun müssen, damit dies bei uns nicht eintritt. Deswegen befinden wir uns mit der Sicherung der Außengrenzen, solange dies nicht funktioniert, und der Sicherung der nationalen Grenzen auf dem richtigen Weg. Wir müssen unsere Nachbarländer unterstützen, die ihre nationalen Grenzen und somit auch die bayerischen Grenzen schützen. Das werden wir tun.

Wir werden unsere Polizei anständig ausstatten. Wir haben die Mittel hierfür erhöht. Deshalb werden wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER, der unserem Antrag ähnlich ist, nicht zustimmen. Die pauschale Forderung, zusätzliche Polizei einzustellen, bringt uns nicht weiter. Wir müssen darüber diskutieren, in welchem Umfang dies geschehen soll. Wir müssen darüber reden, was wir bisher alles getan haben. Im Hinblick auf die weiteren Forderungen zur Grenzsicherung ist der Antrag unserem Antrag ähnlich.

Meine Damen und Herren, wir müssen entschlossen handeln. Die Gefahr ist keineswegs vorbei. Wir können in dieser Frage jederzeit wieder in größere Schwierigkeiten geraten. Im März des letzten Jahres haben wir nicht gewusst, welche Zahlen im September erreicht werden. Genauso wenig wissen wir, wie hoch die Zahlen im September dieses Jahres ausfallen werden. Deswegen müssen wir uns darauf vorbereiten und entschlossen handeln. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Kreuzer. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Frau Kollegin Gottstein das Wort.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen zum wiederholten Male

über die Sicherung unserer Grenzen und darüber, wer sich in unserem Land aufhält und sich hier aufhalten darf. Dieses Thema haben wir wieder vor uns. Wir reden über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Grenzkontrollen fortsetzen und ausweiten" und den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Endlich handeln statt endlos reden – Bayerns Grenzen sinnvoll sichern!". Das Anliegen ist ernst und berechtigt. Unserer Meinung nach wird es durch die Tatsache verwässert, dass die CSU immer wieder die gleiche Strategie fährt. Sie fordern sich selber als Regierungsmitglied in Berlin auf, etwas zu unternehmen. Mir erschließt sich immer noch nicht, warum Sie diesen Umweg über unseren Landtag wählen. Sie sind in Berlin Regierungsmitglied.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vielleicht wählen Sie diesen Weg, weil der Schriftwechsel nach Berlin anscheinend doch sehr lange dauert.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben nichts zu sagen in Berlin!)

Ich möchte betonen, dass es in beiden Anträgen um die tatsächliche, aber auch um die gefühlte – das Wort ist nicht zu unterschätzen – Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger geht. Politik hat vorausschauend zu sein. An dieser Stelle gebe ich Herrn Kollegen Kreuzer selbstverständlich recht. Vielleicht wird eine der Nachrednerinnen oder einer der Nachredner sagen: Dadurch werden Ängste geschürt. – Das ist bestimmt nicht der Fall. Es ist wirklich unsere Aufgabe, soweit es möglich ist zu sehen, was kommt. Hierfür gibt es Zeichen. Aufgrund der bisherigen Entwicklung wird es auch weiterhin so sein, dass wir unsere Grenzen schützen müssen, indem Kontrollen stattfinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum Dringlichkeitsantrag der CSU. Die Nummer 1 des Antrags, wonach die zuständigen Mitgliedstaaten und die Europäische Union unverzüglich eine wirksa-

me Kontrolle der Schengenaußengrenzen gewährleisten müssen, wird wohl von jedem unterschrieben.Die zweite Forderung im Antrag der CSU, wonach wir das selber machen müssen, solange keine wirksame Kontrolle der Schengenaußengrenzen erfolgt, ist zunächst in Ordnung. Bitte lesen Sie es jedoch nochmal selber. Sie fordern außerdem, dass die Bundespolizei die zuletzt erfolgte Ausdünnung der Kontrollen an den Grenzübergängen zu Österreich unverzüglich rückgängig machen und die Kontrollen in Abstimmung mit den bayerischen Sicherheitsbehörden lageangepasst auf sämtliche Grenzübergänge zu Österreich ausdehnen soll. Sicherlich kennen Sie die Steigerung: Selig, heilig, scheinheilig. An dieser Stelle muss ich sagen, dass es scheinheilig ist, was Sie machen. Sie können das. Wer verbietet Ihnen, sich mit Ihren eigenen Leuten abzustimmen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer verbietet Ihnen zu sagen: Die Bundespolizei bleibt hier. Wenn Sie mir das klarmachen, bin ich sofort still. Sie sollten dies schlüssig klarmachen, nicht nur in Form dieses Antrags.

Deshalb lautet die Überschrift unseres Dringlichkeitsantrags: "Endlich handeln statt endlos reden – Bayerns Grenzen sinnvoll sichern!". Sie reden immer nur davon. Das ist auch richtig. Bitte setzen Sie es doch auch um. Sie haben es in der Hand, wir bestimmt nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nummer 1 unseres Dringlichkeitsantrags ist mehr oder weniger mit Nummer 1 des Dringlichkeitsantrags der CSU identisch, weil wir sehen, dass es so sein muss. Die zweite Forderung haben wir härter formuliert als Sie. Wir fordern "Keine weitere Reduzierung des Einsatzes der Bundespolizei …" Leider haben Sie sich die Bundespolizei schon ganz schön reduzieren lassen. Außerdem fordern wir einen sinnvollen, bedarfsgerechten Einsatz auf Haupt- und Nebenverkehrsstraßen und im Zugverkehr. Manchmal möchte man meinen, Sie kennen die Landkarte nicht. Vielleicht arbeitet die Bun-

despolizei zu wenig mit Ihnen zusammen. Auf der Landkarte gibt es Autobahnen, Schleichwege, Bundesstraßen, Landstraßen und Feldwege. Wenn man Sicherheitslücken schließen will, muss man sie einbeziehen. Wir sind nicht so weit von den Grenzen entfernt. Jeder weiß aus seinen persönlichen Erfahrungen, dass nicht lückenlos kontrolliert wird. Sie müssen sich ein bisschen mehr abstimmen und mehr Fantasie entwickeln.

Wir wollen, dass diese Sicherheitslücken geschlossen werden. Wir lehnen Ihren Antrag nur deswegen ab, weil er in der dritten Nummer nicht für Ordnung an der eigenen Grenze, sondern an der übernächsten sorgt. Momentan beuten wir die Polizei fast aus, um in unserem eigenen Land die Schleierfahndung durchzuführen. Wir müssen schauen, wer einen korrekten und wer einen gefälschten Pass besitzt. Trotzdem muss darauf geachtet werden, dass die Autobahn zweispurig kontrolliert wird, damit die Pendler nicht leiden müssen. Diese Polizei wollen Sie an die übernächste Grenze schicken. Das ist nicht zu verantworten. Aus diesem Grund lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kreuzer, vielleicht habe ich mich bei der vierten Forderung unseres Dringlichkeitsantrags falsch ausgedrückt. Wir fordern nicht direkt die Einstellung von mehr Polizisten. Wir wollen endlich ein Konzept. Das kann ein Blatt Papier sein – vielleicht reicht eine DIN-A5-Seite aus –, auf dem Sie ganz klar darlegen, wie Sie mit dem Überstundenberg umgehen und unsere Polizei entlasten wollen. Das muss schneller gehen. Das passiert in Berlin mit dem Schwerlastverkehr. Sie müssen zeigen, wie Sie mit dem vorhandenen Personal umgehen, ohne dass dieses am Limit arbeitet. Das ist auch unsere Verantwortung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. – Jetzt hat Herr Professor Gantzer von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn man wie ich schon länger im Landtag sitzt, hat man viele Anträge erlebt. Ihr Dringlichkeitsantrag von der CSU ist aber etwas ganz Besonderes. Der Antrag von den FREIEN WÄHLERN ist ein typischer Nachzieher, ein Adabei-Antrag. Deswegen gehe ich hauptsächlich auf Ihren Antrag ein. Wie kann ich diesen Antrag verstehen? – Ich kann ihn nur verstehen, wenn ich weiß, was in diesem Jahr passiert ist.

Am 26. Januar schreibt der Ministerpräsident einen Brief an die Bundeskanzlerin und verlangt eine deutliche Verschärfung in der Flüchtlingspolitik, Schritte zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen, verstärkte Grenzkontrollen zu Österreich und unverzügliches Handeln. Sollte nicht unverzüglich gehandelt werden, behält sich Bayern eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vor. Um diese Drohung zu untermauern, haben Sie ein Gutachten eines ehemaligen Verfassungsrichters mit 120 Seiten beigelegt.

Was ist passiert? – Jetzt, nach drei Monaten, ist die Antwort eingegangen. Wahrscheinlich hat das Kanzleramt so lange gebraucht, um intensiv zu recherchieren und das Gutachten zu lesen. Ihr Brief war sechs Seiten lang, das Gutachten umfasste 120 Seiten, das Antwortschreiben drei Seiten. Das spricht eigentlich schon für sich.

Die Bundeskanzlerin schreibt, die Bundesregierung verfolge das Ziel einer nachhaltigen Lösung der Flüchtlingskrise. Und jetzt kommt‘s: Die Zahl der Flüchtlinge müsse reduziert werden. Aber Europa müsse zugleich auch seinen humanitären Verpflichtungen gerecht werden. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Eine christliche Partei weist eine andere christliche Partei auf humanitäre Verpflichtungen hin. Das ist schon was Besonderes.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Frau Merkel verweist weiter auf die Beschlüsse der Konferenz in London Ende Februar zur besseren Bekämpfung der Fluchtursachen. Sie erwähnt die Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei vom 18. März. Außerdem stellt sie fest, dass die Bundesregierung doch erhebliche Mittel bereitgestellt habe, bis hinunter zu den

Kommunen. Dann schreibt sie wörtlich: "Im Ergebnis sieht die Bundesregierung weder Raum für den Vorwurf, der Bund habe im Zusammenhang mit seiner Flüchtlingspolitik rechtliche Bindungen nach dem Unionsrecht oder nach nationalem Recht missachtet, noch für den Vorwurf, der Bund habe keine Schritte zur Reduzierung der Zahl der nach Deutschland kommenden Asylsuchenden unternommen."

Was nun, liebe CSU? Was nun? – Eigentlich bleibt jetzt nur noch übrig, die eigene Regierung zu verklagen, die Regierung in Berlin, an der Sie selbst als Koalitionspartner beteiligt sind. Ich kann Sie nur auffordern: Springen Sie endlich einmal! Hic Rhodus, hic salta! Jetzt ist die Stunde der Wahrheit gekommen. Erheben Sie Verfassungsklage!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wie ich an Ihrem Dringlichkeitsantrag sehe, trauen Sie sich nicht. So traurig es ist, dies im bayerischen Parlament sagen zu müssen: Diesmal hat der bayerische Löwe gebrüllt und ist als Bettvorleger vor dem Bett der Frau Kanzlerin gelandet.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund ist Ihr Antrag ein "Gesichtswahrungsantrag". Sie wollen damit den Rückzug einleiten, weil Sie sich untereinander und auch mit Ihren Juristen nicht darüber einig sind, ob Sie eine Verfassungsklage erheben können. Sie haben gemerkt, dass sich Ihre Drohung abgenutzt hat. Deshalb stellen wir fest: Wir werden Ihren Dringlichkeitsantrag, und den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER sowieso, aus sachlichen Gründen ablehnen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Rein sachlich!)

Wenn ich den Dringlichkeitsantrag der CSU lese und mir die Dauerdiskussion, die wir über Fluchtursachen und Grenzschließungen führen, ansehe, habe ich den Eindruck, dass wir so tun, als wären wir an den Zuständen in Afrika völlig unschuldig. Wir tun so, als ob die Europäer nicht dazu beigetragen hätten. Wir sprechen von Fluchtursachen,

Armut und Not, aber wir reden nicht darüber, wer diese Fluchtursachen zu verantworten hat. Deswegen sage ich: Eine Grenzschließung ist kein Mittel gegen Hunger und Not. Wir dürfen keine Mauern bauen, sondern wir sollten Brücken bauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im letzten Jahr habe ich die Südgrenze der USA besucht und mir die dortigen Mauern angesehen. Als ich die dortigen Flüchtlingsquoten erfahren habe, habe ich festgestellt, dass auch diese großen, großen Mauern der USA an der Grenze zu Mexiko nichts an den Flüchtlingsströmen geändert haben. Irgendjemand hat einmal gesagt, Flüchtlingsströme seien wie Wasser. Wenn man einen Weg zumacht, sucht sich das Wasser andere Möglichkeiten, um zu uns zu kommen. Diese Menschen fliehen nur vor Hunger und Not. Deswegen müssen wir dafür Verständnis haben.

Zu den sachlichen Gründen möchte ich kurz Folgendes sagen: Die FREIEN WÄHLER wollen die Bundespolizei an Haupt- und Nebenstraßen einsetzen. Offenbar haben Sie das Gesetz nicht so genau gelesen. Außerdem soll die Bundespolizei die Grenzkontrollen einstellen. Sie wird also sicherlich nicht bereit sein, dafür die Straßen zu kontrollieren.

Für die CSU kann ich nur wiederholen, was Frau Kollegin Gottstein schon gesagt hat. Sie wollen zum Schutz der gesamten Südgrenze in Österreich bayerische Polizeibeamtinnen und –beamte einsetzen. Wir kritisieren immer wieder, dass sich die bayerische Polizei am Limit befindet. Sie weiß schon gar nicht mehr, wie sie die vielen Überstunden abbauen soll. Pro Beamten haben wir 100 Überstunden. Und jetzt sollen die Beamtinnen und Beamten auch noch an die österreichische Grenze zu Italien gehen? – Deswegen werden wir diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen.

Ich nenne noch in aller Kürze zwei weitere Gründe: Erstens. Wir wollen uns nicht in den innerparteilichen Schwesterstreit einmischen. Es ist nicht Aufgabe des Landtags, der CSU bei ihrer Auseinandersetzung mit der CDU zu helfen. Zweitens. Wir stehen zu der Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Obama war gerade auf der CeBIT und hat die Bundeskanzlerin gelobt. Er sagte, sie stehe auf der richtigen Seite der Geschichte.

(Thomas Kreuzer (CSU): 16 minus x!)

Was hat Frau Merkel geschrieben? – Wir müssen unseren humanitären Verpflichtungen gerecht werden. Wir stimmen der Bundeskanzlerin insoweit zu und lehnen daher Ihre Dringlichkeitsanträge ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Professor Dr. Gantzer, einen kleinen Moment. – Zunächst: Die CSU-Fraktion hat für den Dringlichkeitsantrag der CSU namentliche Abstimmung beantragt.

(Beifall bei der SPD)

Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Pohl für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Zunächst einmal herzlichen Dank an die SPD-Fraktion für diesen Beifall. – Herr Kollege Dr. Gantzer, Sie haben gesagt, die SPD wolle sich in den Streit zwischen CDU und CSU nicht einmischen. Ich denke, da Sie in einer Dreier-Koalition sind, hätten Sie die Chance, hier segensreich als Vermittler zu wirken. Wenn Sie das nicht wollen, ist das Ihre Sache.

Sie haben erklärt, Sie wollten über den Antrag der FREIEN WÄHLER gar nicht diskutieren und würden diesen Antrag ablehnen. Wir haben beide das gleiche Fach studiert. Mir kommt das so vor: Wer keine Antwort mehr weiß, sagt, dass das immer schon so gemacht worden ist. Diesen Eindruck hatte ich bei Ihrer Antwort. Sie lehnen den Dringlichkeitsantrag der CSU ab. Das kann man tun. Die Frage lautet tatsächlich: Warum handelt ihr nicht, warum redet ihr nur? – Die CSU muss sich diesen Vorwurf gefallen lassen, weil sie im Bund und in Bayern regiert. Besser wird es nicht mehr. Die

FREIEN WÄHLER regieren aber weder im Bund noch in Bayern. Wir können deshalb sehr wohl die Forderung nach einer wirksamen Grenzsicherung erheben.

Hier stellt sich die Frage, wie es die SPD in dieser Frage hält. Wie will die SPD den Herausforderungen begegnen? Aus welchen Gründen werden unsere Anträge abgelehnt?

Ein letzter Punkt: Sie haben gesagt, in unserem Antrag werde gefordert, die Bundespolizei solle die Verkehrsadern kontrollieren. Damit sind natürlich die Verkehrsadern an den Grenzen gemeint. Bei einer sachgerechten, nicht böswilligen Auslegung könnte man dies aus unserem Antrag herauslesen. In diesem Fall haben Sie die böswillige Auslegung gewählt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Lieber Herr Kollege Pohl, ich kenne Ihre Examensnote, ohne das Waffenregister eingesehen zu haben, weil Sie mir diese Note selbst mitgeteilt haben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich wundere mich deshalb, wie Sie hier argumentieren. Sie argumentieren hier nicht wie ein Einser-Jurist. Sie haben einen Antrag gestellt, in dem steht, dass die Bundespolizei an Haupt- und Nebenverkehrsstraßen eingesetzt werden soll, Punkt. Diese Aussage kann man gar nicht auslegen. Wenn ich als Korrektor in einem Examen eine solche Arbeit gelesen hätte, hätte ich darauf wahrscheinlich nur drei Punkte gegeben.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Lieber Herr Kollege Pohl, wir haben über die Flüchtlingspolitik sehr oft und sehr gründlich diskutiert. Ich habe die Position der SPD zu diesem Thema bereits deutlich gemacht. Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen und uns darüber im Klaren sein,

dass Europa, China, die USA und viele andere Länder schuld daran sind, dass die wirtschaftliche Lage in Afrika so schlecht ist. Hier müssen wir ran.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Als Bayerischer Landtag?)

Für mich ist die Hauptsache die Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht die Grenzschließung. Brücken bauen, nicht Mauern!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Professor Gantzer. – Die nächste Wortmeldung kommt von Kollegin Bause für die Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kreuzer, Sie wollen die Kontrollen an der Grenze zu Österreich ausweiten. Sie behaupten, wegen der Sicherheitslage. Ich sage Ihnen: Tatsächlich ist es die Freizügigkeit in Europa, die Ihnen ein Dorn im Auge ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Ihnen passt die ganze Richtung der europäischen Integration nicht. Sie wollen zurück zu einem Europa der Schlagbäume und der Grenzzäune und blicken augenblicklich sehnsüchtig nach Österreich, wo die Große Koalition die Restbestände ihrer Werte entsorgt hat.

(Josef Zellmeier (CSU): So ein Unsinn!)

Asylrecht abschaffen, Grenzzäune bauen, wie jetzt am Brenner und die europäische Idee opfern in der Hoffnung, die Macht weiter zu behalten: Was passiert, wenn man rechtspopulistische Politik macht, um Rechtspopulisten zu schwächen, können Sie im Moment hervorragend in Österreich beobachten. Was passiert in Österreich? – Das fremdenfeindliche Gift spaltet die Gesellschaft. Am Ende siegt das reaktionäre Origi-

nal. Das hat die Wahl am letzten Sonntag gezeigt. Zumindest vorerst siegt das reaktionäre Original.

(Josef Zellmeier (CSU): Klassische Fehlinterpretation!)

Ich bin fest davon überzeugt, dass es sich lohnt, für seine Überzeugungen zu kämpfen, für Menschlichkeit und für ein gemeinsames Europa. Ich bin davon überzeugt, dass Alexander Van der Bellen am 22. Mai der nächste Präsident von Österreich wird, nicht der Rechtsaußen Norbert Hofer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie ist die Konstellation? – Auf der einen Seite sind die Rechten, die das Klima vergiften, auf der anderen Seite die GRÜNEN, die für Menschlichkeit und Weltoffenheit stehen. Dazwischen stehen in Wien SPÖ und ÖVP, die sich ins Hemd machen und nicht mal in der Lage sind, eine Empfehlung für den liberalen Kandidaten auszusprechen. Damit schwächen sie das Land und sich selber.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr schwach!)

Was machen Sie von der CSU? – Sie würden sich am liebsten in die Zaunbaubrigade einreihen. Sie bieten gleich bayerische Polizisten an, um den Brenner dichtzumachen. Wissen Sie, was der Brenner bedeutet? – Der Brenner ist das Symbol der europäischen Integration.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Am Brenner zeigt sich, ob Europa eine Zukunft hat oder ob es in die Nationalstaaterei und in die Kleinstaaterei zurückfällt. Was am Brenner momentan passiert und wozu Sie im wahrsten Wortsinn noch Schützenhilfe leisten wollen, verstößt gegen alle europäischen Regeln. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Europäerinnen und Europäer.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der Einsatz bayerischer Polizistinnen und Polizisten am Brenner würde zudem einen Verstoß gegen unsere Verfassung darstellen. Sie dürfen dort gar nicht arbeiten. Das ist außerdem vollkommen unsinnig. Vielleich sollten Sie mal nachrechnen, wie viele Überstunden bayerische Polizeibeamtinnen und –beamte vor sich herschieben. Sie kommen mir vor wie einer, der kein Geld mehr hat, aber trotzdem eine Lokalrunde nach der anderen schmeißt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Josef Zellmeier (CSU): Das schwächt die europäische Verfassung!)

Die bayerische Polizei ist zuständig für die Sicherheit in unserem Lande, nicht dafür, Sie in Ihrem falschen politischen Kalkül zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Das ist Zusammenarbeit, Frau Kollegin!)

Wir alle wollen den Terror bekämpfen und ihn an der Wurzel packen. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wie wäre es, wenn Sie, anstatt Zäune zu bauen, entschlossen gegen die Geldwäsche vorgehen würden?

(Unruhe bei der CSU)

Wie wäre es, wenn Sie dem Terrorpaten Nummer Eins, Saudi-Arabien klar machen würden, dass Sie sein perfides Spiel nicht dulden? – Es wäre besser, wenn Sie diesem Regime nicht auch noch Waffenlieferungen in Aussicht stellten wie dies Herr Seehofer bei seinem letzten Besuch getan hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wäre es, wenn Sie den Einwanderern in unserem Land ein echtes Integrationsangebot machen würden, anstatt ihnen zu signalisieren, dass sie sowieso nicht dazugehören? – So packt man den Terror an der Wurzel, nicht durch mehr Schlagbäume. Schlagbäume bekämpfen nicht den Terror. Sie bekämpfen die Freiheit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, spalten unseren Kontinent und unsere Gesellschaften. Sie spielen denjenigen in die Hände, denen ein modernes, weltoffenes, menschliches und vielfältiges Bayern ein Graus ist. Wollen Sie ihnen die Stirn bieten, oder wollen Sie sie unterstützen? – Das ist die Frage, auf die Sie eine Antwort geben müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Bause. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Herrmann jetzt das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Mitte Februar sind die Flüchtlingszahlen stark rückläufig. Sie stagnieren im dreistelligen Bereich. Die Hauptursachen dafür sind unübersehbar: die Schließung der mazedonisch-griechischen Grenze und die Bemühungen der Staaten entlang der Balkanroute, den Zustrom von Flüchtlingen zu begrenzen. Wir haben diese Entwicklung von Anfang an begrüßt. Ohne diese klaren Entscheidungen von Österreich und Mazedonien hätten wir die jetzige Situation noch nicht erreicht. Es ist offenkundig, dass auch die Abkommen mit Griechenland und der Türkei nicht zustande gekommen wären, wenn nicht vorher an der mazedonischen Grenze Fakten geschaffen worden wären.

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen, Herr Kollege Gantzer: Die Menschen in Deutschland, insbesondere aber in Bayern, sind der humanitären Verpflichtung unseres Landes im letzten halben oder Dreivierteljahr vollständig nachgekommen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Auch die Bundeskanzlerin persönlich hat wiederholt erklärt, andere Bundesländer wären wahrscheinlich angesichts dieser Last der Erstaufnahme schon längst zusammengebrochen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD) – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wahrscheinlich hätte es kein anderes Land so gut geschafft wie die bayerischen Behörden und die bayerische Bevölkerung, die humanitäre Hilfe gegenüber den Flüchtlingen, die vor der Tür standen, zu gewährleisten.

(Christine Kamm (GRÜNE): Aber nicht Sie!)

Deswegen weise ich diesen Gegensatz, den Sie zwischen unserer klaren Forderung nach Grenzkontrollen und der humanitären Verpflichtung konstruieren, energisch zurück, lieber Herr Gantzer. Er hat mit der Realität in Bayern im letzten halben Jahr überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Bundespolizei führt nun seit 13. September letzten Jahres an ausgewählten Örtlichkeiten temporäre Grenzkontrollen durch. Dies geschah damals ganz wesentlich auch auf den Druck der Bayerischen Staatsregierung hin. Leider ist ein Großteil der Grenzübergänge nicht besetzt. Wir haben in der Vergangenheit wiederholt den Ausbau der Grenzkontrollen gefordert. Wir haben eine Unterstützung der Bundespolizei durch die bayerische Polizei angeboten. Dieses Angebot besitzt nach wie vor Gültigkeit. Es wurde bislang nicht angenommen. Stattdessen hat Bundesinnenminister de Maizière am 5. April 2016 in einem Interview mit österreichischen Medien völlig überraschend verkündet, unter Umständen die Grenzkontrollen zu Österreich ab dem 13. Mai zu beenden.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Richtig so!)

Eine Beendigung der Grenzkontrollen ist weder auf politischer noch auf polizeifachlicher Ebene abgesprochen. Wir lehnen eine Einstellung der Grenzkontrollen zum gegenwärtigen Zeitpunkt strikt ab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Eine Einstellung der Grenzkontrollen wäre im Hinblick auf die Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland völlig verfrüht. Der Wegfall der Grenzkontrollen stünde im Widerspruch zum derzeitigen polizeilichen Vorgehen und würde die gerade erst begonnene Entwicklung im europäischen Kontext schädigen. Insbesondere die intensiven Vorkehrungen und Sicherungen der Grenze am Brenner durch Österreich sowie die Grenzschließungen entlang der Balkanroute zeigen dies deutlich. Bis die zuständigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Europäische Union insgesamt eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen wieder gewährleisten können, müssen die Kontrollen an den EU-Binnengrenzen fortgesetzt werden können.

Ich will ausdrücklich betonen: In den bisherigen Beschlüssen der Staatsregierung – auch in den Beschlüssen dieses Hohen Hauses – und in dem berühmten Brief an die Bundeskanzlerin wird ausdrücklich in den Vordergrund gestellt: Ja, wir wollen, dass der Schutz der EU-Außengrenzen gewährleistet ist.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Niemand hier im Hause fordert, das Schengen-System abzuschaffen oder dergleichen mehr. Das Schengen-System beruht aber darauf, dass an die Stelle der Binnengrenzkontrollen ein intensiver Schutz der EU-Außengrenzen tritt. Die Kehrseite ist: Solange der Schutz der EU-Außengrenzen durch andere EU-Mitgliedstaaten nicht gewährleistet wird, so lange müssen wir wieder Binnengrenzkontrollen durchführen.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf darauf hinweisen, dass wir mit der Forderung nach Binnengrenzkontrollen nicht die Einzigen sind. Sie tun so, als ob das eine bayerische Marotte sei. Slowenien führt Grenzkontrollen durch. Österreich führt Grenzkontrollen durch. Ungarn führt Grenzkontrollen durch. Selbst Schweden hat wieder mit Grenzkontrollen begonnen.

(Josef Zellmeier (CSU): Bei Rot-Grün in Schweden!)

Der Grund ist, dass all diese Staaten erlebt haben, dass es anders nicht geht. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Ich könnte eine Fülle weiterer Staaten aufzählen. Alle diese Länder wollen das Schengen-System keineswegs auf Dauer abschaffen, im Gegenteil. Aber alle sagen: Da die EU-Außengrenzen im Moment zu wenig kontrolliert werden, können wir auf Binnengrenzkontrollen nicht verzichten. – Sie von SPD und GRÜNEN negieren diese Situation völlig.

Die Bundespolizei meldet täglich das Geschehen. Ich habe deutlich gesagt, dass die Flüchtlingszahlen stark zurückgegangen sind. Wir müssen uns die Zahlen der Bundespolizei jedoch genauer anschauen. So wurden allein gestern 116 Aufgriffe verzeichnet. Die Bundespolizei meldet gleichzeitig, dass von diesen Aufgegriffenen 29 unmittelbar abgewiesen und zurückgeschickt worden sind. Vorgestern wurden 87 aufgegriffen und 44 zurückgeschickt. Das ist die Realität.

Die Zahlen sind im Moment – Gott sei Dank! – niedrig. Wenn aber ein erheblicher Anteil derjenigen, die jetzt über die Grenze kommen, von der Bundespolizei unmittelbar an der Grenze zurückgewiesen wird – erfreulicherweise gibt es dafür endlich eine entsprechende Rechtsgrundlage –, weil sie keinen Anspruch haben, Deutschland zu betreten, dann ist das doch gerade der Beleg dafür, dass es sinnvoll ist, an der Grenze zu kontrollieren;

(Beifall bei der CSU)

denn wenn die Kontrolle nicht unmittelbar an der Grenze erfolgt, ist ein sofortiges Zurückschicken nicht möglich. Dann müsste erst das gesamte Verfahren in Deutschland durchlaufen werden. Die Bundespolizei selbst demonstriert jeden Tag, wie sinnvoll es ist, Kontrollen durchzuführen. Wenn sie schon dort steht – meines Erachtens müssten

noch mehr Polizisten dort stehen –, dann kann sie die Leute, die keinen Anspruch haben, Deutschland zu betreten, unmittelbar zurückschicken.

Aus den genannten Gründen komme ich zu dem Ergebnis: Wir müssen das fortsetzen. Das sage ich auch vor dem Hintergrund der aktuellen Meldungen. Vorgestern gab es Ausschreitungen in dem Hotspot auf Lesbos. Die Lage insgesamt zwischen der Türkei und Griechenland ist keineswegs schon so stabilisiert, dass man sagen könnte, alles sei gelaufen. Wir können uns noch nicht beruhigt zurücklehnen. Nach einer Besserung der Witterungsverhältnisse im Mittelmeerraum sind vielmehr stärkere Flüchtlingsströme in Richtung Italien und dann auf der Brenner-Route zu befürchten.

Ich weise darauf hin, dass wir es in Europa neben der Flüchtlingssituation auch mit massiv gestiegenen Terrorrisiken, insbesondere den Risiken islamistischen Terrors, zu tun haben. Alle Ermittlungen in Brüssel und Paris haben ergeben, dass ein erheblicher Teil der Attentäter zuvor Reisebewegungen quer durch Europa vorgenommen hatte. Deshalb ist allein die Terrorgefahr ein Grund, sich mit den Reisebewegungen von Terroristen quer über die Grenzen zu befassen.

Wir begrüßen die bislang getroffenen Maßnahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der Europäischen Union selbst zum Schutz der EU-Außengrenzen. Diese Anstrengungen reichen aber nicht aus. Dies habe ich auch am Dienstag dieser Woche in einem Gespräch mit dem zuständigen Kommissar Avramopoulos, der sich zuvor der Diskussion hier im Landtag gestellt hatte, deutlich gemacht. Ich habe darüber zudem gestern Abend in Brüssel mit dem Generaldirektor der Generaldirektion Migration und Inneres, Herrn Ruete, gesprochen.

Es ist offenkundig – das sage ich auch im Hinblick auf die anderen Länder, die ich Ihnen vorhin genannt habe –, dass sich die Situation an den Außengrenzen in den vergangenen Monaten verbessert hat, aber bei weitem noch nicht zufriedenstellend ist. Die Kommission teilt diese Einschätzung. Ich habe in Brüssel keinen Gesprächspartner gefunden – keinen einzigen! –, der erklärt hätte, alles sei wieder okay und es

gebe keine Probleme mehr. Ich habe das Gefühl, die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag – und die GRÜNEN dazu – sind weit und breit die Einzigen, die behaupten, wir hätten keine Probleme mehr an den EU-Außengrenzen. Sie sind mit dieser Einschätzung weit und breit die Einzigen!

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das haben wir so gar nicht gesagt!)

Ich sage Ihnen: Wir müssen die Binnengrenzkontrollen auf jeden Fall bis Ende des Jahres verlängern. Wir müssen die Zeit bis dahin dafür nutzen, entscheidende Verbesserungen für die innere Sicherheit in Europa zu erreichen. Ich nenne ein paar Punkte beispielhaft:

Erstens müssen die Mitgliedstaaten mit EU-Außengrenzen ihre eigenen Anstrengungen ausbauen, um einen ausreichenden Schutz der Außengrenzen zu gewährleisten.

Zweitens muss ein europäisches Einreise- und Ausreiseregister zum Schutz der EU-Außengrenzen eingeführt werden. Ein entsprechendes Einreiseregister in den USA hat sich bewährt. Auch unsere Sicherheitsbehörden müssen wissen, wer sich zurzeit innerhalb der EU aufhält.

Drittens muss das vorhandene Eurodac-System weiter ausgebaut werden.

Viertens muss die Registrierung von Flüchtlingen europaweit anhand der Fingerabdrücke erfolgen. Da dem IS wahrscheinlich mehrere Tausend echte syrische Pässe in die Hände gefallen sind, genügt die Registrierung der Namen nicht mehr. Nur mit der Registrierung der Fingerabdrücke kann die Maxime erreicht werden: One man, one date.

Fünftens benötigen wir einen europäischen Kriminalaktennachweis. Es muss möglich sein, dass mit einer Abfrage alle Polizeidienststellen in Europa in Erfahrung gebracht werden können, die bereits Ermittlungen gegen die betroffene Person geführt haben. Nur so können selbsternannte Dschihadisten innerhalb Europas wirkungsvoll bekämpft werden.

Sechstens brauchen unsere Sicherheitsbehörden eine europäische Fingerabdruckdatenbank, über die neben Fingerabdruckdaten auch DNA-Daten ausgetauscht werden können. Dies ist derzeit nur nach dem Prümer Rahmenbeschluss möglich, der aber wirkungsvoll nur in 5 von 27 Mitgliedstaaten umgesetzt worden ist. Wir müssen erreichen, dass alle EU-Mitgliedstaaten an diesem System beteiligt sind.

Siebtens müssen die vorhandenen Dateien der Polizeien und Sicherheitsbehörden innerhalb Europas miteinander verknüpft werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass für Auskünfte aus dem europäischen Fahndungsbestand, aus Eurodac, aus dem Schengener Informationssystem und aus dem Visa-Informationssystem jeweils gesonderte Abfragen erforderlich sind. Diese Handhabung ist auch angesichts der Möglichkeiten der Informationstechnologie vorsintflutlich. Eine Abfrage muss genügen, um an alle Erkenntnisse zu gelangen. Polizeibeamte und Grenzschützer müssen nach einem Mausklick wissen, ob sie es mit einem Kriminellen, einem Extremisten oder einem potenziellen Gefährder zu tun haben.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass das ehrgeizige Ziele sind; dennoch wollen wir sie bis zum Jahresende erreichen. Dazu bedarf es großer Anstrengungen der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission. Ich habe Herrn EU-Kommissar Avramopoulos vorgestern und Herrn Generaldirektor Ruete gestern noch einmal die Hilfe und Unterstützung Bayerns angeboten.

Wir wollen alles, was uns möglich ist, dazu beitragen, dass wir die Binnengrenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union beenden können – aber nur dann, wenn es gelungen ist, dafür zu sorgen, dass die Europäische Union insgesamt wieder ein Raum der Sicherheit ist. Dafür kämpfen wir. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung des Dringlichkeitsantrags der CSU-Fraktion. Wir müssen klare Signale für die innere Sicherheit in unserem Land setzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, bitte. Vielen Dank für diesen Redebeitrag, Herr Staatsminister. Bevor wir zur Zwischenbemerkung von Professor Gantzer kommen, gebe ich bekannt, dass die FREIE-WÄHLER-Fraktion für ihren Antrag auch namentliche Abstimmung beantragt hat. – Jetzt hat Herr Professor Gantzer das Wort.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Minister, ich habe nur zwei kurze Fragen.

Erstens. Sie kennen den Brief, den der Ministerpräsident an die Bundeskanzlerin geschrieben hat. Sie haben sogar daran mitgewirkt, insbesondere an der Formulierung der Einzelforderungen. Eine Forderung war zum Beispiel die Schließung der bzw. scharfe Kontrollen an den Grenzen. Da Sie das so aufgeregt hat, frage ich Sie: Wie beurteilen Sie den Antwortbrief der Bundeskanzlerin, in dem sie schreibt, dass sie eigentlich alle Vorschläge ablehnt, und dann den Hinweis gibt, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen nachkommen müssen?

Zweite Frage: Mit welchen Polizeikräften wollen Sie die gesamte Südgrenze nach Österreich schützen?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Gantzer, zum Ersten: Die CSU hat sich zu jedem Zeitpunkt zu den humanitären Verpflichtungen unseres Landes bekannt.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Peter Paul Gantzer (SPD))

Ich habe Ihnen widersprochen; denn Sie haben versucht, ausgerechnet in diesem Punkt einen Gegensatz zwischen der Kanzlerin und uns zu konstruieren. In Fragen der humanitären Verpflichtungen unseres Landes gibt es keinen Widerspruch zwischen der Kanzlerin und uns.

(Beifall bei der CSU – Isabell Zacharias (SPD): Das hört sich sonst ganz anders an!)

Ich sage Ihnen auch klipp und klar – –

(Allgemeine Unruhe)

Heute reden wir schließlich auf Antrag der CSU-Fraktion über die Notwendigkeit, auch weiterhin Grenzkontrollen durchzuführen. Es ist doch Unfug, wenn von Ihnen und den GRÜNEN so getan wird, als ob wirksame Grenzkontrollen ein Widerspruch zur humanitären Verpflichtung unseres Landes seien. Meine Damen und Herren, war Deutschland kein humanitäres Land, so lange es ganz selbstverständlich Grenzkontrollen in ganz Europa gab? War es bis vor 20 Jahren kein humanitäres Land?

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Das ist doch eine völlig unsinnige Argumentation.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war nicht Herr Gantzer, sondern das war Herr de Maizière!)

Herr Kollege Gantzer, Sie gehören dem Haus schon länger an, länger als ich.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das merkt man! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Stimmt!)

Ich weiß nicht, welche Schlüsse Sie für sich daraus ziehen. Ich darf aber darauf hinweisen: Die Bundespolizei hat nach meiner Kenntnis heute mehr Mitarbeiter als vor 20 Jahren. Auch die bayerische Polizei hat heute mehr Mitarbeiter als vor 20 Jahren.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Und mehr Aufgaben!)

Wenn die Bundespolizei und die bayerische Polizei vor 20 Jahren in der Lage waren, die Südgrenze Deutschlands entsprechend zu sichern, und dies mit weniger Leuten, als sie heute haben, dann bin ich der festen Überzeugung, dass es sowohl der Bun-

despolizei als auch der bayerischen Polizei gelingt, im Jahr 2016 die Südgrenze Deutschlands,

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Die Südgrenze Österreichs! – Zurufe von den GRÜNEN)

die Grenze zu Österreich entsprechend zu sichern. Dazu stehe ich. Das traue ich unserer Polizei zu.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Soweit die Staatsregierung. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zu zwei namentlichen Abstimmungen. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11195, das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Die Urnen sind bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Wir machen fünf Minuten, meine Damen und Herren.

(Namentliche Abstimmung von 16.42 bis 16.47 Uhr)

So, meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, wie immer, das Ergebnis außerhalb des Sitzungssaales zu ermitteln.

Wenn die Urnen wieder bereit sind, dann kommen wir jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11221.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dieses Mal machen wir drei Minuten. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 16.48 bis 16.51 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich darf bitten, die Plätze wieder einzunehmen.

Vielleicht darf ich noch folgenden Hinweis auf den Fortgang der Sitzung geben: Wir haben jetzt noch einen Dringlichkeitsantrag zu behandeln. Anschließend schaffen wir nur noch einen Antrag der Tagesordnung. Das wird der Tagesordnungspunkt Nummer 10 sein "Schulbegleitung neu definieren". Anschließend ist die Zeit zu Ende, und dann werden wir die Sitzung auch beenden.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben noch die Ergebnisse von zwei weiteren namentlichen Abstimmungen, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Grenzkontrollen fortsetzen und ausweiten" auf Drucksache 17/11195: Mit Ja haben 73 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 60; 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Gottstein und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Endlich handeln statt endlos reden – Bayerns Grenzen sinnvoll sichern!", Drucksache 17/11221 haben 15 Kolleginnen und Kollegen mit Ja gestimmt, mit Nein 115. Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.04.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion CSU; Grenzkontrollen fortsetzen und ausweiten (Drucksache 17/11195)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus		X	
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten		X	
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike			
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. **Kränzlein** Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig			
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen			
Müller Emilia	X		
Müller Ruth			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	73	60	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.04.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Endlich handeln statt endlos reden - Bayerns Grenzen sinnvoll sichern! (Drucksache 17/11221)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus		X	
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	15	115	0